Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 5

Artikel: Die Konferenz

Autor: L.R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076506

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 5 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 6. März 1968

In dieser Nummer

Ende «friedliche Koexistenz»? 2/3
Terminologische Absage an einen im eigenen Lager missverständlich gewordenen Begriff.

Malaise der Jugend in Bulgarien 4
Mit alten Methoden gegen neue Erscheinungen.

Titos «Gegenkonferenz» 6
Belgrad sucht breitere Basis als Budapest.

Prager Frühling 7
Aussere Zeichen eines inneren Wandels, von einem Augenzeugen beobachtet.

Briefe 11
Dialektik um Südafrika und das Baltikum.

Wie weit geht es in der CSSR?

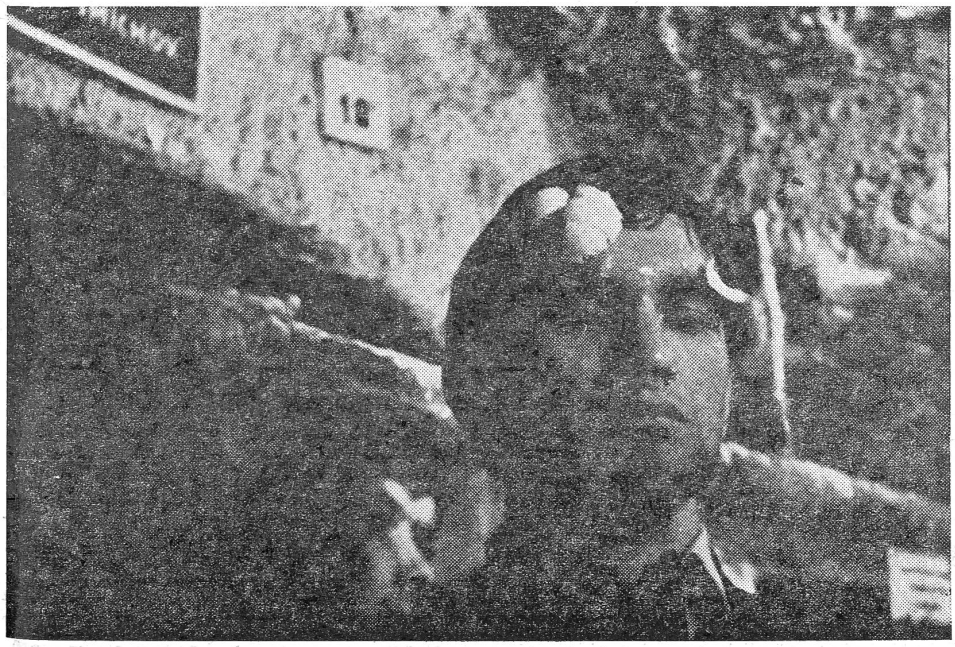
Noch ist in der Tschechoslowakei die «Aera Dubcek» nicht einmal die berühmten hundert Tage alt. Aber sie hat in den ersten zwei Monaten ihres Bestehens schon mehr gehalten, als man sich von ihr versprochen hatte. Dabei war das angesichts der antistalinistischen Vorzeichen des Neubeginns gar nicht wenig gewesen.

Indessen ist mit einer Feststellung zu beginnen, die einschränkenden Charakter hat: Die Veränderungen in der CSSR sind interner Natur und berühren die Aussenpolitik des Landes nicht. Die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zum «sozialistischen Lager» und insbesondere ihre Treue zur Sowjetunion stehen überhaupt nicht zur Diskussion. Dies ist um so auffälliger, als sonst so ziemlich alles zur Diskussion steht. Das aussenpolitische Tabu aber ist intakt. Man hat sich sogar beeilt, den Ladenhüter der volksdemokratischen Zeiten aufzupolieren, der die Freundschaft mit der Sowjetunion zum «Prüfstein des proletarischen Internationalismus» deklariert. Ein Spruch, der als gängige Münze heute sonst nur noch in Ungarn zirkuliert, das ja mittlerweile in seine Satellitenrolle gegenüber Moskau zurückgefunden hat. Wie immer also die tschechoslowakische Entwicklung läuft, sie geht nicht den «rumänischen Weg».

Kein «zweites Rumänien»

Nun sind die gehäuften Treuebekenntnisse an die Adresse des Kremls (wie auch die etwas weniger gehäuften Solidaritätsbezeugungen gegenüber Ost-Berlin) gerade das richtige Mittel, um in der Zeit einer allgemeinen Restalinisierung Osteuropas sozusagen eine Entsowjetisierung der Machtstrukturen an die Hand zu nehmen, ohne massive ausländische Einmischung zu riskieren. Linientreue Aussenpolitik muss das Alibi für eine neue Linie in der Innenpolitik sein. In Rumänien war das seinerzeit ja anders gewesen. Mit nationaler Selbstbehauptung gegenüber der UdSSR hatten Gheorgiu-Dej und dann Ceausescu ihre Parteidiktatur gegenüber der damals aufkommenden «revisionistischen» Welle behaupten können. In der CSSR von heute muss die Einführung des Revisionismus mit Strammheit nach aussen erkauft werden. Sowohl Rumänien

(Fortsetzung auf Seite 8)



«Happening» in Prag. There was more happening upstairs.

Die Konferenz

Bis 1956 hatte die internationale kommunistische Bewegung einen stark zentralisierten Charakter aufgewiesen. In der Komintern (1919—1943) war den Parteien, welche nur als «nationale Sektion der Komintern» betrachtet wurden, sogar der unmittelbare Verkehr untereinander untersagt; das Statut erlaubte dies nur ausnahmsweise in den dringendsten Fällen, unter gleichzeitiger Information an das Moskauer Zentrum. Die Kominform (1947—1956) hatte nicht einmal ein Statut; die Moskauer Diktatur kam in der Form der unmittelbaren und groben Einmischung zum Ausdruck. Nach der Auflösung der Kominform gibt es kein Zentrum mehr, und im Sinne der Beschlüsse der Moskauer kommunistischen Konferenzen von 1957 und 1960 sind es ausschliesslich die internationalen Treffen, auf welchen die Probleme der Strategie und Taktik besprochen und für die ganze Bewegung bindende Beschlüsse gefällt werden dürfen. Immerhin wurde noch in den Beschlüssen beider erwähnten Konferenzen Moskau als Führungskraft der Bewegung anerkannt. Dieses Prinzip wurde in den 1962/63 angenommenen Statuten der kommunistischen Staatsparteien (Bulgarien, Tschechoslowakei, Ungarn, Ostdeutschland) direkt verankert. Nach dem Ausbruch der offenen Diskussion zwischen der KPdSU und der KP Chinas im Juli 1963 konnte jedoch Moskau keine internationalen Konferenzen einberufen, welche alle Parteien hätte zusammenschliessen können. Chruschtschew wollte dies.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Sich wie Piraten aufführen. Zu Fremdenverkehrszwecken gestattet. Sonst lieber nicht, sagt Schiwkoff.

Elfter Komsomol-Kongress

In Anwesenheit des Ersten Parteisekretärs, der Mitglieder des Politbüros und anderer hoher Parteifunktionäre sowie von 41 ausländischen Delegationen wurde der Kongress durch den Ersten Sekretär des Komsomol, Georgi Atanasoff, am 10. Januar eröffnet. Sein Hauptreferat war sowohl ein Tätigkeitsbericht der Organisation als auch eine Versicherung gegenüber der Partei im allgemeinen und Schiwkoff im besonderen, dass sich der Komsomol bei Durchführung seiner künftigen Aufgaben stets um genaueste Uebereinstimmung mit den Thesen des Ersten Sekretärs bemühen werde. Anschliessend ging der Referent näher auf die Bedeutung der einzelnen Punkte dieses «aussergewöhnlichen Parteidokuments» ein. Am letzten Tage des Kongresses, am 13. Januar, wurde eine geschlossene Sitzung abgehalten, während der ein von 117 auf 151 Vollmitglieder und von 54 auf 67 alternierende Mitglieder erweitertes Zentralkomitee sowie ein um 20 auf 33 Mitglieder verstärkter Prüfungsausschuss gewählt wurden. Im Anschluss an diese Wahl bestimmte das neue Zentralkomitee in seiner ersten Plenarsitzung die Führungsspitze des Komsomol. Wie erwartet, wurde der den Posten des Ersten Sekretärs seit 3 Jahren bekleidende Georgi Atanasoff nicht wiedergewählt. An seine Stelle wurde der Kandidat des Zentralkomitees der KPB und Komsomolfunktionär Iwan Dimitroff Paneff berufen. Neben dem Ersten Sekretär wählte das Plenum ein neues Sekretariat sowie ein neues Büro des Zentralkomitees.

Den Abschluss des Kongresse bildete eine Rede Schiwkoffs, in welcher er die vergangenen vier Tage als ein aussergewöhnliches Ereignis in der Geschichte der revolutionären Jugendbewegung Bulgariens bezeichnete. Nachdem er die grosse Bedeutung guter Beziehungen der Jugend zu den sozialistischen Ländern hervorgehoben hatte, räumte er der UdSSR einen besonderen Platz ein: «Die lebensspendende Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die guten Beziehungen zur leninistischen Bruderpartei verkörpern unsere grössten Errungenschaften und sind unsere besten Garanten für den erfolgreichen Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft in Bulgarien.» ■

Der Buchtip

Dr. Bernhard Grossmann: «Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China». Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart. 412 Seiten, mit 9 Diagrammen und 2 Landkarten.

Das oben angeführte Werk ist eine eingehende Schilderung und ausgezeichnete Analyse der gesamten Entwicklung der chinesischen Wirtschaft. Es beginnt mit einer zusammenfassenden Darstellung der vorrevolutionären Lage Chinas, deren ungelöste Probleme wesentlich zum Sieg der Revolution beigetragen haben. Besonders aufschlussreich ist die Beschreibung der Umstellung der chinesischen Gesellschaft auf das kommunistische Modell und des Aufbaus des immensen Parteisystems, das mit der Zeit zu einem bürokratischen Koloss entartete.

Der überwiegende Teil des Werkes ist der Wirtschaft gewidmet. Entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus hatte man auch das bisher überwiegend agrarische China industrialisiert, wobei der Schwerindustrie und der mit ihr verbundenen Energie- und Brennstofferzeugung der absolute Vorrang eingeräumt wurde. Besonders interessant ist in dieser Beziehung die Beschreibung der chinesischen Erdölproduktion, deren Entwicklung im Westen relativ wenig bekannt ist.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ging die chinesische KP in Etappen vor: zuerst wurden auf dem Lande sogenannte Hilfsorganisationen, nachher Genossenschaften unterer Stufe und schliesslich die von Anfang an angestrebten Kolchosen gebildet. «Wie bei jeder wirtschaftspolitischen Massnahme Chinas» schreibt sehr zutreffend der Verfasser, «gibt es zunächst einmal ideologische Gründe, wobei die Umwandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an oberster Stelle steht, die aber allein die schnelle Entwicklung nicht rechtfertigen dürfte. Anders ist es

(Fortsetzung auf Seite 11)

Die Konferenz

(Fortsetzung von Seite 1)

wurde aber im Herbst 1964 gestürzt. Im März 1965 traten 18 Parteien zu einem Konsultativtreffen in Moskau zusammen, an welchem jedoch nur die «Selbständigkeit und Gleichheit aller Bruderparteien» betont wurde.

Moskau beharrte aber weiter auf einer Weltkonferenz, trotz Proteste der Jugoslawen, Rumänen und anderer KP. Die Folge der Bemühungen der KPdSU-Führung war, dass im November 1967 18 Parteien eine gemeinsame Erklärung erliessen, in welcher sie die Einberufung des Konsultativtreffens vorschlugen. Nach langen Vorbereitungen wurde am 26. Februar, abends, das Treffen in Budapest eröffnet. Der Eröffnung wohnten 63 Delegationen und die «Vertreter der Kommunisten Algeriens» bei. Zwei Parteien, die KP Norwegens und die Sozialistische Einheitspartei Islands, liessen sich durch Beobachter vertreten. Am 1. März verliess jedoch die rumänische Delegation Budapest, nachdem sie am 29. Februar von der syrischen Delegation scharf angegriffen worden war. Nachher blieben am Treffen nur 7 von den 14 kommunistischen Staatsparteien: die KP Bulgariens, die KPdSU, die KP der Tschechoslowakei, die Mongolische Volksrevolutionäre Partei, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei.

Abwesend sind folgende Staatsparteien: die Albanische Partei der Arbeit, die KP Chinas, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, die KP Kubas, die KP Rumäniens, die Partei der Arbeit Koreas, die Partei der Werktätigen Vietnams.

Das Treffen wurde im Zeichen der Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung einberufen, unter diesen Bedingungen ist es jedoch fraglich, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Auffallend ist die Tatsache, dass die KP Rumäniens gerade von den Vertretern der KP Syriens angegriffen wurde, da diese Partei eine illegale, von Moskau finanzierte Organisation ist, deren Zentrum irgendwo in der Sowjetunion ist. Dass das Treffen die an es geknüpften Hoffnungen Moskaus wahrscheinlich nicht vollständig erfüllte, kann man u. a. auch daraus folgern, dass sich die sowjetische Presse nach der Eröffnung des Kongresses in völliges Schweigen hüllte, obwohl sie vorher zahlreiche Berichte über Vorbereitung und über die Erklärungen verschiedener Parteien zugunsten des Treffens veröffentlichte. Am 27./28. Februar erschien weder ein Kommentar noch ein Photo. Am 27. Februar brachte die «Prawda» nur die Eröffnungsrede Kadars, und dies auf der vierten Seite. Am 28. Februar fehlte jeglicher Bericht über die Vorgänge in Budapest; lediglich die Teilnehmerliste wurde auf der ersten Seite veröffentlicht.

Am 27./28. Februar hatte man die Aktionseinheit der Bewegung besonders hervorgehoben und von allen Seiten gebilligt. Es schien, die neue Konferenz werde tatsächlich zur Festigung der Einheit der Bewegung einen wichtigen Beitrag leisten. Nach der rumänischen Kritik und dem darauffolgenden syrischen — gleich sowjetischen — Angriff auf die rumänische KP scheinen jedoch das Treffen und seine offen bekanntgegebene Zielsetzung in Gefahr geraten zu sein.

L. R.